

SERBIEN

Belgrader Seiltänze



Sehen so Sieger aus? Djindjic im Wahlkampfeinsatz in Uzize, 200 Kilometer südwestlich von Belgrad.

(Foto: EPA)

Vor den serbischen Parlamentswahlen spitzen sich die Gegensätze innerhalb der Demokratischen Opposition DOS zu. Ex-Präsident Milosevic setzt indes auf ein Comeback.

Zoran Djindjic gibt sich zuversichtlich. "Lasst uns vollenden, was wir begonnen haben", appellierte der Chef der Demokratischen Partei (DS) vergangene Woche zum Auftakt des Wahlkampfes in Sabac. Vollenden will er den Sturz Slobodan Milosevics und seiner Sozialistischen Partei (SPS), der mit der Erstürmung des Parlaments am 5. Oktober begann. Denn am 23. Dezember wird das serbische Parlament neu gewählt. Und als Spitzenkandidat des Oppositionsbündnisses DOS hat Djindjic beste Aussichten, den Posten des Ministerpräsidenten zu erringen.

Die jugoslawischen Machtverhältnisse werden damit ein weiteres Mal umgestaltet. Seit Milosevics Abwahl regiert der national-liberale DOS-Frontmann Vojislav Kostunica die aus den Teilrepubliken Montenegro und Serbien bestehende Föderation. Doch viele Schaltstellen der Macht befinden sich auf der Ebene der Republik Serbien, die mit zehn Millionen Einwohnern ungleich größer ist als das 600.000 Menschen zählende Montenegro.

In zähen Verhandlungen mit der Allianz aus Milosevics SPS und der Vereinigten Jugoslawischen Linken (JUL) konnte DOS im Oktober durchsetzen, dass nach dem Machtwechsel auch in Ser-

bien vorgezogene Neuwahlen abgehalten werden. Seither regiert in der Teilrepublik ein Übergangskabinett, an dem DOS, einige kleinere Oppositionsparteien und die Sozialisten paritätisch beteiligt sind. Wenn man den Umfragen glauben kann, wird diese fragile Machtbalance nach den Wahlen beendet sein. Djindjics DS liegt demnach weit vor den Sozialisten und anderen oppositionellen Kräften, wie der rechtsextremistischen Serbischen Radikalen Partei (SRS) von Vojislav Seselj und den Monarchisten der Serbischen Erneuerungsbewegung (SPO) von Vuk Draskovic. Fraglich ist jedoch, wie lange ein Wahlsieg von DOS Stabilität schaffen kann.

Fragiles Bündnis

Angesichts der desolaten Situation sind die Erwartungen der Bevölkerung hoch. Infolge der NATO-Bombardements und des Embargos gegen Jugoslawien fiel die Industrieproduktion im letzten Jahr um 21 Prozent. Die Löhne sanken um mehr als ein Drittel. Zusätzlich sind die Lebenshaltungskosten drastisch gestiegen, seit die neue DOS-Regierung die Preise freigegeben hat. Die von der Europäischen Union und der Weltbank häppchenweise ein-

treffende Finanzhilfe von etwa 500 Millionen US-Dollar verhindert nur den kompletten Zusammenbruch der Wirtschaft, weil sie die Energie- und Lebensmittelversorgung durch Importe für einige Monate sicherstellt. Längerfristig wird Jugoslawien allerdings seine Auslandsschulden in Höhe von 11,7 Milliarden US-Dollar ebenso begleichen müssen wie die zugesagten EU-Kredite im Rahmen

des Balkan-Stabilitätspaktes. Folgerichtig beschreibt der jugoslawische Vizepräsident Mirljub Labus das zukünftige Verhältnis zu den Geberländern mit deutlichen Worten: "Wir brauchen Hilfe von außen und sind dafür bereit, die entsprechende Politik zu verfolgen."

Wie diese Politik aussehen soll, ist allerdings umstritten. Bereits jetzt scheint klar, dass DOS bald nach der Wahl auseinanderbrechen wird, da die Meinungsverschiedenheiten zwischen den 18 dort vereinigten Parteien unüberbrückbar sind. Konflikte zeichnen sich vor allem zwischen dem national-liberalen Etatisten Kostunica und dem neoliberalen Draufgänger Djindjic ab. Während der jugoslawische Präsident auf ein Arrangement mit den alten Eliten und deren militärischem Geheimdienstapparat setzt, möchte Djindjic einen Durchmarsch der neuen Kräfte an die Macht.

Bestes Beispiel dafür sind die Auseinandersetzungen in den staatseigenen Betrieben. Dort wird seit Oktober heftig um die Kontrolle gerungen. Djindjic unterstützt die zahlreichen neu gegründeten "Krisenkomitees", welche in den Staatsunternehmen Manager absetzen, die als Milosevic-loyal gelten. Kostunica reagiert alarmiert auf diese Maßnahmen. Der Grund: Djindjic scheint in vielen Fällen Vertreter seiner eigenen Seilschaften als neue Betriebsführungen einzusetzen.

Provos aus Presevo

Neben den Konflikten innerhalb des DOS-Bündnisses provoziert auch der fortgesetzte Desintegrationsprozess des Staates neue Unruhen. Die Autonomisten der von einer ungarischen Minderheit bewohnten Vojvodina haben auf dem Ticket von DOS Regionalwahlen gewonnen, die gleichzeitig mit den jugoslawischen Präsidenten-

schaftswahlen im September stattfanden. Jetzt bahnt sich eine Konfrontation mit Kostunica an, da dieser gegen die Autonomie der Provinz eintritt. Auch Montenegros Präsident Milo Djukanovic macht weiter für die Unabhängigkeit seiner winzigen Republik mobil, obwohl ihm der Westen zu verstehen gegeben hat, dass diese Frage nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Weiter zugespitzt hat sich zudem der Konflikt zwischen der albanisch-nationalistischen Guerillatruppe UCPMB - ein UCK-Ableger - und serbisch-jugoslawischen Truppen in Südserbien. Hunderte gut bewaffnete UCPMB-Kämpfer operieren vor allem im Presevo-Tal, in dem 70 000 Albaner leben, und versuchen dort eine militärische Reaktion von serbischer Seite zu provozieren. Eine militärische Eskalation des Konfliktes würde sie der Unabhängigkeit des Kosovo näher bringen. Und darauf drängen die albanischen Nationalisten, unabhängig davon, wer in Belgrad regiert. Mehrere Tausend Serben haben vergangene Woche begonnen, auf den Verkehrswegen nach Mazedonien und Griechenland Blockaden zu errichten. Sie fordern Kostunica auf, die Armee einzusetzen, weil sich die NATO-Truppen bisher bei der Kontrolle der UCPMB zurückhalten. Wahlkämpfer Djindjic drängt darauf, dass die NATO "sofort und ohne Kompromisse" reagiert. Slobodan Milosevic können solche Auseinandersetzungen nur recht sein. Nach seinem Sturz hatte der Ex-Präsident zwar verkündet, er wolle sich fortan um seine Familie kümmern. Dennoch startete er vor ein paar Wochen ein Comeback. Auf dem Parteitag der SPS ließ er sich erneut zum Parteichef küren. Jetzt kandidiert er für einen Parlamentssitz. Das Motto des Parteitags: "Wir machen weiter."

Boris Kanzleiter

Boris Kanzleiter ist freier Journalist und lebt in Berlin.

